

Fazit

„Was ist bis jetzt gewesen? Wir haben viele Depeschen geschickt. Wir haben Leute instruiert. Wir haben Reden gehalten, diese Reden gedruckt und – die Parteien haben nichts getan oder sehr wenig. Lesen Sie alle unsere Beschlüsse! Hätte die deutsche Partei die Hälfte [davon] durchgeführt, hätte ein solcher Zustand nicht kommen können! [...] Kann man denn das zulassen, was jetzt in Deutschland war?“

Osip Pjatnickij in der Sitzung der Politkommission des EKKI vom 15. 3. 1933 über die Ursachen der Zerschlagung der KPD¹

Im März 1933 stand Osip Pjatnickij vor den Trümmern seiner politischen Arbeit der letzten zehn Jahre. Seine hilflose Verzweiflung, die sich in seiner rhetorischen Frage bündelte, ob man „denn das zulassen“ könne, was gerade in Deutschland passiere, kontrastiert auffällig mit dem Bild, das lange Jahre die Vorstellung von den Beziehungen zwischen Moskau und der KPD beherrschte. Wenngleich Pjatnickijs Worte nicht zuletzt auch darauf angelegt waren, die Schuld für das Desaster auf die KPD abzuschieben, die die guten Ratschläge aus Moskau nicht beherzigt habe, zeigt seine Aussage doch zugleich, wie fassungslos diesen altgedienten Stalinisten die Erkenntnis machte, dass die Komintern das politische Geschehen in Deutschland offensichtlich nur begrenzt beeinflussen konnte.

Die Erkenntnis, dass sich Politik nicht allein im Verfassen, Veröffentlichen und konspirativem Zustellen von Manifesten, Resolutionen und Direktiven erschöpft, und dass es auch nicht ausreicht, den ausländischen Sektionen der Komintern von Zeit zu Zeit die Folterinstrumente der stalinistischen Inquisition zu zeigen, diese Erkenntnis stand am Beginn meiner Untersuchung über den sowjetischen Einfluss auf die Politik der Komintern und KPD in den Jahren 1928 bis 1933. Um diesen differenziert beschreiben und analysieren zu können, wurden für diese Arbeit die neuen Möglichkeiten genutzt, die der Zugang zu Dokumenten bietet, die lange Jahre in den einstigen Parteiarchiven verschlossen waren. Anstelle der die Kominternforschung lange Jahre beherrschenden Ideologiegeschichte wurde hier der konkrete politische Alltag untersucht – ein Alltag, wie er sich abzeichnet in den Beziehungen zwischen den bolschewistischen Spitzenfunktionären um Stalin, der Moskauer Kominternführung, den sowjetischen Diplomaten und den deutschen Kommunisten vor allem in der Berliner Parteispitze. Wer diesen Alltag untersucht, vermag nicht nur klarer herauszuarbeiten, wie abhängig die KPD von Moskau tatsächlich war, es zeigen sich ihm vor allem auch die persönlichen Motive

¹ Protokoll Nr. 299 der PK, RGASPI 495/4/235: 275–286, hier: 282. In diesem Sinne auch: „Einleitende Bemerkungen zu einigen wichtigen Dokumenten der deutschen Partei“ (Rückblick des EKKI auf die Politik der KPD der Jahre 1929–1933) vom 17. 8. 1933, RGASPI 495/25/548a: 17–32.

und strukturellen Faktoren, die dieses Abhängigkeitsverhältnis bestimmten. Aus diesem Grunde wurde danach gefragt, wie die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen geformt waren, welche sozialen Praktiken sich herausgebildet hatten und was dies für die jeweiligen Wahrnehmungsmuster und Problemlösungsansätze bedeutete. Stärker als bisher wurde die Komintern dabei als ein „multikultureller“ Raum wahrgenommen, in dem eine stete Spannung bestand zwischen einer gemeinsamen Ideologie und den sehr unterschiedlichen Prägungen sowie Machtressourcen und intellektuellen Kapazitäten der einzelnen Funktionäre. Im Folgenden sollen nun einige der wesentlichen Ergebnisse dieser Untersuchung zusammengefasst werden.

Stalins Gefolgschaft und die Anleitung der KPD

Zu den Voraussetzungen, die die Einflussnahme Moskaus auf die KPD erst ermöglichten, gehörte erstens die freiwillige Verpflichtung auf das bolschewistische Modell, das nicht nur für die Bolschewiki selbst, sondern auch für viele westeuropäische Kommunisten als die einzige Methode galt, eine soziale Revolution erfolgreich durchzuführen. Die daraus entstandene „Moskaubedürftigkeit“ und zuweilen sogar „Moskausüchtigkeit“ der deutschen Kommunisten schien noch 1932 in der enttäuschten Klage Wilhelm Piecks auf, die deutschen Kommunisten bekämen aus Moskau zu häufig nur „sehr allgemeine Anweisungen“ anstatt der erhofften praktischen Hinweise² – die ausländischen Kommunisten verlangten also oft genug selbst, dass die Bolschewiki in ihre Politik eingriffen.

Zweitens gewann das bolschewistische Modell Ende der 20er Jahre in der Arbeiterschaft zusätzliche Attraktivität, da es den materiellen Wohlstand zu versprechen schien, der in Westeuropa immer stärker zusammenschmolz: Nunmehr nahm die Sowjetunion als „Land ohne Arbeitslose“ teilweise über die Grenzen des kommunistischen Milieus hinaus eine vergleichbare Rolle ein, die die Vereinigten Staaten noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts gespielt hatten – als Land der Verheißungen und unbegrenzten Möglichkeiten.

Diese schwierige wirtschaftlich-politische Lage der Weimarer Republik in den letzten Jahren ihres Bestehens bildete drittens eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die radikalen Parolen der Komintern in Deutschland einen stärkeren Widerhall fanden als in den anderen europäischen Industrienationen: Wie die unterschiedlichen Entwicklungen der west- und mitteleuropäischen Sektionen der Komintern zeigen, konnten die Thesen des EKKI kaum ihre fatale Wirkung entfalten, wenn sie zu offensichtlich den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort widersprachen.

Allerdings können weder die ideologische Verpflichtung der Kommunisten auf das bolschewistische Modell und die scheinbare Verifizierung der „ultralinken“ Kominternpropaganda durch die lebensweltlichen Erfahrungen der kommunisti-

² Pieck in der Sitzung der Vorbereitungskommission für das XII. EKKI-Plenum vom 7. 4. 1932, RGASPI 495/170/5: 65. Vgl. dazu auch: Studer, Bild der Komintern, S. 27.

schen Funktionäre und Anhänger vor Ort noch die vom EKKI im Zuge der „Bolschewisierung“ der Sektionen angewandten Zwangsmittel hinreichend erklären, wie es der sowjetischen Führung gelang, die deutschen Kommunisten weitgehend „auf Linie“ zu halten.

Denn erstens musste die Komintern immer wieder feststellen, dass sie das Handeln der ausländischen Sektionen schon allein aufgrund der mangelhaften Kommunikations-Verbindungen nicht vollständig kontrollieren konnte, und dass die nationalen Parteiführungen vielen konkreten Anweisungen des EKKI oder des WEB entweder mit offenem Widerstand begegneten oder sie unterliefen, indem sie beispielsweise – wie ein Mitarbeiter des WEB 1929 feststellte – „einfach die Feststellungen des 6. Kongresses (über die 3 Perioden etc.) nachplappern“³ und im Übrigen weiterhin eine „opportunistische“ Politik betrieben. Selbst Thälmann erkannte dieses Problem, als er im April 1932 meinte, dass sich innerhalb der Komintern drei „Scheren“ öffneten: Eine „zwischen den Beschlüssen des EKKI und ihrem Verständnis durch die Partei[führung]en, eine zweite zwischen den Beschlüssen der Zentralkomitees und ihrer Durchführung durch die Mitgliedschaft und eine dritte zwischen der Partei und der Masse“.⁴

Zweitens fehlte es der Komintern an effektiven Sanktionsmechanismen gegen unbotmäßiges Verhalten: Zwar hatte die Komintern die Macht, widerspenstige Parteiführungen abzusetzen, aber zum einen zeigte sich im Fall der Schweizer KP, dass selbst dieser letzte Pfeil im Köcher die Politik der jeweiligen Sektion nicht zwangsläufig nachhaltig änderte. Und zum anderen war man sich in Moskau selbst bewusst, dass die Komintern ebenso wie die Kommunisten vor Ort „mit dem politischen Kapital ihrer Partei – ihren Führern – sparsam umzugehen“ hatte, wie sich Sergej Gusev im Frühjahr 1930 ausdrückte.⁵ Wie wir gesehen haben, rügte die Komintern in vielen Fällen zwar das Verhalten der Parteispitze, doch folgten diesen Ermahnungen keine weiteren Konsequenzen. Den Emissären und Instruktoren der Komintern fehlte es daher häufig an der nötigen Autorität, um sich gegenüber den nationalen Parteiführungen durchzusetzen.

Angesichts der Tatsache, dass der Komintern somit nur grobe Steuerungsinstrumente zur Verfügung standen – entweder der selbstzerstörerische Austausch der Führung oder ständige, aber „zahnlose“ Ermahnungen – war die Politik der personalen Netze effektiver, um den Einfluss Moskaus auf die KPD zu stärken. Diese Herrschaftsmethode wandte die bolschewistische Führung schon seit der Oktoberrevolution an, um die sowjetische Peripherie einzubinden – in der zweiten Hälfte der 20er Jahre wurde sie nun von Stalin auch auf die „deutsche Peripherie“ übertragen. Zu der prinzipiellen ideologischen Übereinstimmung und der Selbstverpflichtung, sich den Beschlüssen des EKKI unterzuordnen, trat nun noch die persönliche Abhängigkeit von und die Loyalität zum sowjetischen Dik-

³ Bericht „Alarichs“ [d. i. Gyptner] über die Parteitagsthesen der englischen KP in seiner Arbeit des WEB des EKKI vom 12. 1. 1929, RGASPI 495/19/9: 18.

⁴ Brief „Ludwigs“ [d. i. Madyar] an „Michael“ [d. i. Pjatnickij] vom 7. 4. 1932 über ein Gespräch mit Thälmann, RGASPI 495/60/238: 85–86ob, hier: 85.

⁵ Sergej Gusev, Entwurf des Geschlossenen Briefes des PS an das ZK der KPD vom 23. 4. 1930, RGASPI 495/3/163: 84–95, hier: 95.

tator – zwei Faktoren, die die deutschen Spitzenkader sowohl disziplinierten als auch mobilisierten: Wie das Beispiel Neumanns am eindrucksvollsten zeigt, standen Funktionären beachtliche Karrierechancen offen, wenn sie in das personale Netz des Diktators eingebunden waren. Umgekehrt allerdings war der Fall umso tiefer, wenn sie dessen Vertrauen verloren.

Aus der Perspektive Stalins waren diese persönlichen Faktoren ausschlaggebend, um seine Machtstellung zu sichern. Die Tatsache, dass Stalin die KPD-Führung auf die gleiche Weise wie seine sowjetischen Gefährten in sein personales Netz einwob, zeigt eindrucksvoll, dass sich der sowjetische Diktator Herrschaft gar nicht anders als in Form von hierarchisch organisierten Männerbünden vorstellen konnte.⁶ Stalin zog ein solches „patrimonialisches“ Herrschaftssystem auch deshalb der „bürokratischen“ Variante vor, weil er ein tiefes Misstrauen gegenüber jeder Art von Fachleuten hegte. Aufgrund dieses Misstrauens setzte Stalin auf persönliche Gefolgsleute, denen er vertraute und von denen er daher annahm, dass sie eine Politik in seinem Sinne durchsetzten, sei es im Krieg gegen die sowjetischen Bauern, beim Aufbau einer neuen Schwerindustrie – oder eben bei der Anleitung der KPD. Loyalität war in Stalins Augen die bolschewistische Kardinaltugend schlechthin.

Seine deutschen Gefolgsleute – Thälmann, Neumann und Remmele – erfüllten in dieser Hinsicht weitgehend seine Erwartungen. Noch über vierzig Jahre später erinnerte sich Molotov, dass Thälmann in Moskau „einen sehr guten Eindruck gemacht“ habe, weil er sich gegenüber der stalinistischen Führung „loyal“ verhalten habe⁷ (über die weiteren Qualitäten des deutschen Parteivorsitzenden machte man sich in Moskau, wie wir gesehen haben, keine Illusionen). Die deutschen Spitzenfunktionäre waren nicht nur bereit, sich in den innerparteilichen Konflikten „buchstäblich im Kampf [...] zu zerreißen“, wie sich Neumann im Januar 1929 Stalin gegenüber ausdrückte, wenn sie dadurch ihrem Patron ihre Loyalität beweisen konnten – sie bemühten sich auch, die Denkweise des Diktators zu antizipieren und ihm inhaltlich „entgegenzuarbeiten“. Und dies bedeutete in der Regel eine Radikalisierung der Politik.

Allerdings verursachte diese Herrschaftsmethode geradezu selbstzerstörerische Entwicklungen innerhalb der Komintern und KPD: Indem persönliche Gefolgsleute rekrutiert und parallele Entscheidungskanäle geschaffen wurden, legte Stalin das institutionelle Gefüge der Komintern lahm und neutralisierte ihre interne Hierarchie. Dies verschärfte die Probleme der Moskauer Führungsgremien, denen es schwerfiel, sich insbesondere gegenüber der deutschen Parteileitung durchzusetzen, weil sich diese auf den „direkten Draht“ zum Herrscher berufen konnten. Stalin sah in diesen „Reibungsverlusten“ unvermeidliche politische Kosten, die er umso leichter verschmerzte, als sich diese Praxis für seine persönliche Machtstellung positiv auswirkte: Weil er immer wieder als Schiedsrichter angerufen wurde, konnte er entstehende Konflikte stets in seinem Sinne lösen.

Ähnlich wie im Falle des Nationalsozialismus lässt sich im Falle Stalins somit beobachten, dass ein – vorsichtig formuliert – in Ansätzen polykratisches System

⁶ Vgl. Baberowski, *Der rote Terror*, S. 179f.

⁷ Gespräch Molotovs mit Feliks Chuev am 9. 6. 1976, in: Molotov remembers, S. 79.

entstanden war: Die Funktionäre von NKID, Komintern und KPD misstrauten sich gegenseitig, bearbeiteten unscharf gegeneinander abgegrenzte Zuständigkeitsbereiche und standen in ungeklärten Hierarchien zueinander. Gleichzeitig überwachten sich die kommunistischen Kader in Berlin und Moskau gegenseitig, durch ständige Appelle zur „bolschewistischen Wachsamkeit“ darauf getrimmt, keine „opportunistischen Fehler“ ihrer Konkurrenten zu übersehen. Auf diese Weise entstand ein überaus effektives System der Selbstkontrolle, das jegliche Abschwächung der kommunistischen Taktik unter den Generalverdacht des „Rechtsabweichlertums“ stellte. Zwar war Stalin im Unterschied zu Hitler durch und durch ein Mann des Apparates, der diszipliniert ein gewaltiges Arbeitspensum absolvierte und häufig bis spät in der Nacht Besucher empfing, um mit ihnen politische Fragen zu besprechen, doch häufig beschränkte auch er sich darauf, lediglich „Signale“ auszusenden. Da den Empfängern der genaue Sinn dieser Ausführungen oftmals unklar blieb, waren sie gezwungen, dem „Führer“ – wie auch der sowjetische Diktator genannt wurde – „entgegenzuarbeiten“, und dies hieß zu meist, möglichst lautstark auf einen vermeintlichen Feind einzuschlagen.⁸ Sowohl im Nationalsozialismus als auch im Stalinismus baute die Monokratie des „Führers“ auf der Polykratie der Herrschaftsstruktur und den persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen zum Diktator auf.⁹ Hier lässt sich am deutlichsten die Ähnlichkeit zum nationalsozialistischen Herrschaftssystem erkennen, in dem Hitler ebenfalls einerseits persönliche „Initiativen“ der politischen Akteure zuließ und häufig nur unklare „Signale“ aussandte, die erst in konkrete Politik umgesetzt werden mussten, andererseits aber auch einen Handlungskorridor vorgab, in dem sich die Initiativen „von unten“ bewegen mussten. Eine solche Beobachtung widerspricht nicht der Feststellung, dass in der Komintern seit 1929 keine wesentliche Entscheidung mehr ohne Stalins Zustimmung getroffen werden konnte¹⁰ – im Gegenteil: Es war ja gerade diese Machtstellung des Diktators, die die Handlungsfähigkeit der Komintern bremste.

Die Arbeit der Komintern wurde aber nicht nur durch den beständig schwärenden, strukturellen Kompetenzkonflikt belastet – sie litt aufgrund der Fixierung auf Stalin zudem an einem grundlegenden Wahrnehmungsdefizit. Zwar wurde der Diktator täglich mit einer Unmenge von Berichten und Dokumenten des Geheimdienstes, der sowjetischen Botschafter und Behörden eingedeckt, doch gerade angesichts dieses Berges von Informationen ist es fraglich, wieviel er davon überhaupt aufnahm. Häufig schien er sich nur auf die Berichte seiner engsten Vertrauten zu verlassen: „Wie ist die Lage im Ausland? Hat sich die Lage, beispielsweise in Deutschland, im Vergleich zum letzten Jahr verschlechtert oder nicht?“ erkundigte sich Stalin im Juni 1932 in einem Brief an seinen alten Gefähr-

⁸ Über „Stalins Signale“ am Beispiel seines Briefes an die Zeitschrift *Proletarskaja Revolucija* vom Herbst 1931 vgl. Fitzpatrick, *Everyday Stalinism*, S. 24–28; Baberowski, *Wandel und Terror*, S. 127f.

⁹ Vgl. Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, S. 623–625; ebenfalls mit explizitem Vergleich zu der Diskussion über Hitlers Rolle im nationalsozialistischen Herrschaftssystem: Harris, *Was Stalin a Weak Diktator?*

¹⁰ McDermott, *Comintern*, S. 94; ders., *Comintern, Stalinism and Totalitarianism*.

ten Enukidze, der jährlich zur Kur nach Österreich fuhr.¹¹ Wenige Monate zuvor hatte der sowjetische Diktator Karl Radek beauftragt, ein „Büro für internationale Informationen“ zu gründen, das ihn parallel zum NKID mit Nachrichten versorgen sollte. Er hoffte, somit an verlässlichere Informationen zu gelangen, als die seiner Meinung nach unzuverlässigen Diplomaten zu liefern in der Lage waren.¹² Allerdings wagten auch die Funktionäre in seiner Umgebung nicht mehr alternative Sichtweisen zu äußern, da sie fürchteten, die eigene Stellung in Stalins Gefolgschaft zu gefährden. In seiner Villa am Schwarzen Meer war Stalin von den Vorgängen in Berlin somit nicht nur räumlich viel zu weit entfernt, um „angemessene“ Entscheidungen zu fällen.

Schließlich wirkte sich die Herrschaftsmethode durch personale Netze auch in der KPD-Spitze selbsterstörerisch aus: Die Parteiführung, die Stalin im Sommer 1928 um Thälmann herum geformt hatte und die mit der „Wittorf-Affäre“ gewissermaßen ihre „Feuerprobe“ bestand, war in den letzten 18 Monaten der Weimarer Republik zunehmend nicht mehr mit dem politischen Gegner, sondern immer stärker mit sich selbst beschäftigt. Die Konflikte in der KPD-Spitze hatten nur noch ganz nebensächlich mit politischen Fragen zu tun, obwohl sich die Kontrahenten schließlich bemühten, der jeweils anderen Seite politische „Abweichungen“ nachzuweisen. Obwohl es durchaus politische Differenzen gab, waren solche Debatten in erster Linie Rituale, um innerparteiliche Gegner in der Öffentlichkeit formgerecht zu diskreditieren. Wie wir gesehen haben, hing Neumanns Sturz nicht, wie bislang vermutet wurde, damit zusammen, dass er einen vermeintlich „radikaleren“ Kurs als Thälmann verfolgt hätte und daher als Sündenbock für eine verfehlte Politik herhalten musste. Dafür hätte Stalin schließlich zunächst überhaupt erst einmal erkennen müssen, dass die Komintern eine „verfehlte“ Politik betrieb. Entscheidend für Neumanns Fall war vielmehr, dass er – nachdem er sich mit der in Moskau festgelegten Rollenverteilung für die KPD-Spitze nicht mehr hatte abfinden wollen – durch seine Intrigen gegen Thälmann gegen die informellen Regeln der stalinistischen Führungsgruppe verstieß.

Die Heftigkeit der Reaktion, mit der Neumann und Remmele vom Bannstrahl Stalins getroffen wurden, als sie im September 1932 öffentlich verurteilt wurden und der private Umgang mit ihnen fortan als anstößig und vor allem verdächtig galt, sagte mehr über die politische Kultur des Stalinismus aus, als der stets um Geheimhaltung bemühten bolschewistischen Führung lieb gewesen sein mag: Ebenso, wie während des „Großen Terrors“ die personalen Netze in der sowjetischen Provinz mit all ihrem Nepotismus, den Filialpersonenkulten und ihrer Eigensinnigkeit in Schauprozessen an das Licht der „sozialistischen Öffentlichkeit“ gezerzt wurden, offenbarte auch die Verdammung von Neumann und Remmele, dass die KPD-Führung längst von Cliques und Seilschaften durchzogen war.

Auch wenn die bisherige Wertung, die Kominternpolitik sei für Stalin lediglich ein Instrument im innerparteilichen Machtkampf gewesen, zu eindimensional ist,

¹¹ Brief Stalins an Enukidze vom 25. 6. 1932, RGASPI 558/11/728: 33–36.

¹² Ken, Karl Radek i Bjuro Mezhdunarodnoj Informacii CK VKP(b).

so zeigt sich in diesem Zusammenhang, wie eng diese beiden Ebenen miteinander verbunden waren. Stalin und die Kominternführung befürchteten schon 1932, dass der Machtkampf innerhalb der KPD-Führung entweder durch die innersowjetischen Probleme beeinflusst oder aber – schlimmer noch – von der innersowjetischen Opposition gegen den sowjetischen Diktator gewendet werden könne. Als Remmele Ende 1932 den Fehler beging, sein Traktat gegen den „Westeuropäischen Kommunismus“ zu verfassen, sah man in Moskau darin eine zu auffällige strukturelle und inhaltliche Parallele zur kurz zuvor verfassten „Rjutin-Plattform“, als dass dies als Zufall gewertet werden konnte. Ausgerechnet Remmele und Neumann, die wie kaum andere deutsche Funktionäre wissen sollten, welche Bedeutung die personalen Netze für Stalin hatten, erkannten zu spät, dass vor allem in Personalfragen „die Angelegenheiten der einzelnen Sektionen und der VKP(b) ‚unteilbar‘ sind“.¹³

Sowjetische Außenpolitik, Revolutionserwartung und die Gegnerfrage

Deutsche und sowjetische Kommunisten lebten in unterschiedlichen Gesellschaften und waren unterschiedlich sozialisiert worden. Somit verband die deutschen und sowjetischen Funktionäre zwar eine gemeinsame Ideologie, doch trennte sie ihre Herkunft aus unterschiedlichen politischen Kulturen. Ihre Normen, Menschenbilder und Wahrnehmungsweisen waren nur schwer in Deckung zu bringen, woraus sich permanente Spannungen zwischen den Kommunisten in Moskau und Berlin ergaben. Am Beispiel des Verhältnisses zwischen sowjetischer Außenpolitik und der Politik der Komintern zeigt sich darüber hinaus, dass auch innerhalb der sowjetischen Führungsebene – zwischen den Diplomaten des NKID und den Mitgliedern des stalinistischen Politbüros sowie vor allem mit den Kominternfunktionären – ernsthafte Differenzen bestanden: Sie resultierten aus den unterschiedlichen Wahrnehmungsweisen und Vorstellungen, welche Aufgaben eine bolschewistische Außenpolitik zu erfüllen habe.

Auf den ersten Blick mag die Existenz solcher Spannungen innerhalb der sowjetischen Führungsgruppe überraschen, war es doch Ende der 20er Jahre zwischen Politbüro und NKID unumstritten, dass die Existenzsicherung der Sowjetunion vor einem weiteren Revolutionsexport Priorität genoss: Ein Weitertragen der proletarischen Revolution war aus Sicht Moskaus nur dann angebracht, wenn dies die Existenz des eigenen Staates nicht gefährdete. Auch die Komintern war sich ihrer Aufgabe bewusst, dass der „Putschismus“ in den ausländischen Parteien eingedämmt werden musste. Wie insbesondere die Probleme mit dem gewaltbereiten Segment der kommunistischen Jugend zeigen, war es jedoch schwierig, einerseits zwar unablässig Gewalt und Bürgerkrieg als die sicherste Möglichkeit zu preisen,

¹³ Brief Neumanns an Stalin vom 25. 5. 1935, RGASPI 558/11/776: 37f.

dem gegenwärtigen Elend zu entkommen, andererseits aber die Basis davon abzuhalten, diese Propaganda auch beim Wort zu nehmen.¹⁴

Solange die Weltrevolution nicht aktuell auf der Tagesordnung stand, sollte die Komintern – auch dies war zwischen bolschewistischer Führung und den Diplomaten des NKID unbestritten – als außenpolitisches Instrument des sowjetischen Staates eingesetzt werden. Gerade die Kampagnen gegen die angeblich drohende „imperialistische Intervention“ gegen die Sowjetunion haben aber gezeigt, dass sich die ausländischen Kommunisten durch die Komintern kaum instrumentalisieren ließen, wenn sie nicht selbst davon überzeugt waren, dass die jeweiligen Aktionen auch tatsächlich notwendig waren.

Es wäre jedoch falsch anzunehmen, dass die Komintern seit Ende der 20er Jahre von der bolschewistischen Führung ausschließlich als außenpolitisches Instrument betrachtet wurde. Schon Lars T. Lih hat festgestellt, dass die privaten Briefe Stalins an Molotov aus der Zeit zwischen 1926 und 1936 dem sowjetischen Diktator insgesamt „das Zeugnis eines guten Revolutionärs“ ausstellen¹⁵: Die immer wieder betonte Identität der Interessen der Sowjetunion und der Weltrevolution war für Stalin keine bloße Propagandahülse, um die ausländischen Kommunisten als „fünfte Kolonne“ des sowjetischen Staates einzuspannen – der sowjetische Diktator glaubte tatsächlich daran. Am deutlichsten zeigt sich dies an den beschriebenen Konflikten mit den sowjetischen Diplomaten, die nach Stalins Auffassung durch ihre intensiven Kontakte mit ausländischen Staatsmännern korrumpiert und überhaupt in der Außenpolitik eine zu „bürgerliche“ Sichtweise an den Tag legten.¹⁶ Stalin zeigte sich bis 1932 immer wieder dazu bereit, die sowjetische Diplomatie zu desavouieren, wenn er eine Gelegenheit sah, auf die Sozialdemokratie (und zwar nicht nur auf deren deutschen Vertreter!) einschlagen zu lassen und somit die westeuropäischen Arbeiter vom Geiste des „Sozialdemokratismus“ zu befreien. Die Stalin'sche Außenpolitik dieser Jahre lässt sich somit nicht in dem Gegensatz zwischen konventioneller Großmachtpolitik und Weltrevolution charakterisieren, vielmehr sah der sowjetische Diktator in einer starken Sowjetunion die Voraussetzung, um die Revolution über deren Grenzen hinaus weiter zu tragen.

Die Bedeutung der revolutionären Sozialisation der bolschewistischen Kader darf auch für ihr Verhältnis zu den westeuropäischen Kommunisten nicht unterschätzt werden: Spannungen zwischen Moskau und der KPD entstanden nicht nur, weil sich die Kominternführung über „putschistische“ Strömungen in der deutschen Partei sorgte, sondern umgekehrt noch in einem viel stärkeren Maße, weil man die „legalistischen“ Tendenzen der deutschen Genossen mit Sorge betrachtete. So erklären sich die widersprüchlichen Anweisungen des EKKI, einerseits keine Zusammenstöße mit der Polizei zu provozieren, sich andererseits aber nicht der „bürgerlichen Gesetzlichkeit“ zu beugen. Das konspirative Treffen mit

¹⁴ Hier ergaben sich zwar Berührungspunkte mit der SA, doch waren die Schnittmengen zwischen den beiden Gruppen kleiner, als Autoren wie v. a. Striefler und Röhl meinen.

¹⁵ Lih, Einleitung, in: ders., Stalin. Briefe an Molotov, S. 49.

¹⁶ Vgl. dazu die Rede Stalins an der Sverdlov-Universität vom 9. 5. 1925, in: Stalin, Werke, Bd. 7, S. 135–182, hier: S. 144–146.

dem Reichsinnenminister im August 1931 wurde in diesem Zusammenhang in Moskau als der Höhepunkt einer „ungesunden“ Entwicklung der KPD hin zu einer angepassten parlamentarischen Partei gewertet, die sich zu stark von der sie umgebenden offenen Gesellschaft beeinflussen ließ. In Moskau konnte und wollte man darüber hinaus nicht akzeptieren, dass die KPD in einem gewissen Mindestmaß mit den Behörden kooperieren musste, wenn sie sich nicht aller Handlungsmöglichkeiten berauben wollte. Im Gegensatz zum EKKI war man sich im Karl-Liebknecht-Haus zudem häufig bewusst, dass die KPD auf ihre Verwurzelung im proletarischen Milieu und ihr Bild in der Öffentlichkeit Rücksicht nehmen musste.

Aus Moskauer Sicht waren die Prägungen durch die westliche Gesellschaft und die „sozialdemokratischen Traditionen“ nur durch eine grundlegende „bolschewistische Neuerziehung“ der westeuropäischen Kader und die Übernahme der bolschewistischen Rollen- und Menschenbilder zu beseitigen: „Bolschewistische Härte“ gegenüber dem „Klassenfeind“ und beständige „Wachsamkeit“ gegenüber den möglichen „Abweichungen“ der Parteigenossen galten nun als erstrebenswerte Tugenden. Wie insbesondere das Referat von Manuilskij vom Oktober 1931 zeigt, sollten diese neuen Normen und Werte auch deshalb implementiert werden, um die aus Moskauer Sicht bislang mangelhafte Disziplin der ausländischen Funktionäre zu verbessern.

Wie unterschiedlich die deutsche Innenpolitik durch die Bolschewiki und die deutschen Kommunisten wahrgenommen wurde, hat sich besonders deutlich anhand ihres Blickes auf SPD und NSDAP verdeutlichen lassen. In diesem Bereich zeigt sich ferner in besonders hervorstechender Weise, wie und in welchen Bereichen Stalin die Formulierung der Kominternpolitik beeinflusste: In Moskau war es vor allem der sowjetische Generalsekretär persönlich, der auf eine scharfe Frontstellung gegenüber der Sozialdemokratie drang.

Es ist dabei deutlich geworden, dass Stalins Motive für seinen Hass auf die Sozialdemokratie nicht ausschließlich – und offensichtlich nicht einmal vorrangig – in der prowestlichen Haltung der SPD zu finden sind. Ausschlaggebend war vielmehr die in den Augen der Bolschewiki „systemerhaltende“ Rolle der Sozialdemokratie in vielen Ländern West- und Mitteleuropas, wo ein „Klassenkompromiss“ zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft geschlossen worden war.¹⁷ Wenn Stalin seit Anfang 1928 die Sozialdemokraten als Hauptfeinde „wiederentdeckte“ und die „Rechten“ und „Versöhnler“ in der Komintern attackierte, lag dies daher vor allem daran, dass diese Gruppen seiner Ansicht nach entweder offen „konterrevolutionär“ waren oder nicht an den von ihm vorhergesagten, baldigen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft glaubten.

Mit der in den Jahren 1929/30 stark anwachsenden NSDAP trat ein neuer Gegner ins Blickfeld und es entstanden erste ernsthafte Differenzen zwischen den Führungen der KPD und Komintern: Das deutsche Politbüro war nun der Meinung, dass die „Faschisierung“ Deutschlands doch eher von „bürgerlichen“ Parteien einschließlich der NSDAP als von der SPD betrieben werde. Zwar wurde die

¹⁷ Vgl. Winkler, *Revolution als Konkursverwaltung*, S. 30f.; Kluge, *Die deutsche Revolution 1918–1919*, S. 67f., 77–82, 200–204.

NSDAP auch in Moskau aufmerksam beobachtet, doch setzte sich dort Stalins Sichtweise durch, der den Nationalsozialismus vorrangig als politischen Konkurrenten der Kommunisten interpretierte, den man mit seinen eigenen Waffen schlagen müsse. Dass Stalin für einen nationalkommunistischen Kurs der KPD eintrat, resultierte aus seinen Überzeugungen, die auch die sowjetische Nationalitätenpolitik der Nachkriegszeit prägen sollte: So wie die Bolschewiki seit 1922/23 sich zur Speerspitze der nationalen Bewegungen an der sowjetischen Peripherie erklärten, so sollte nun auch die KPD nationalistisch auftreten, um der nationalsozialistischen Konkurrenz die Anhänger abzugewinnen. Die Komintern wurde im Laufe des Jahres 1931 jedoch zunehmend unruhig, als die KPD den auf Stalins Geheiß initiierten „Scheringer-Kurs“ allzu engagiert zu propagieren und dadurch den „Klassencharakter“ ihrer Politik zu vernachlässigen schien.

Obgleich die KPD-Führung im Sommer 1931 aus eigenem Antrieb versuchte, den eigentlich von den Rechtsparteien initiierten Volksentscheid gegen die SPD-Regierung in Preußen zu übernehmen, bauten sich ab Ende 1931 in der Frage des politischen „Hauptgegners“ der Kommunisten zwischen den Funktionären in Moskau und Berlin bald Spannungen auf: die Erfahrungen der deutschen Funktionäre und kommunistischen Anhänger mit der sich steigernden nationalsozialistischen Gewalt traten zunehmend in einen Widerspruch zu der „Sozialfaschismus“-Doktrin, die auf Stalins Drängen von Moskau weiterhin ohne Unterlass gepredigt wurde. Allerdings war die KPD so weit diszipliniert, dass sie die Kominterntaktik im Sommer 1932 bestenfalls teilweise unterlaufen, aber nie grundsätzlich in Frage gestellt hatte: Hier zeigte sich am deutlichsten die disziplinierende Wirkung der persönlichen Bindung der deutschen Spitzenfunktionäre an Stalin, die ihnen offene Widerworte aus Gründen persönlicher Loyalität untersagte.

Zudem blieb die Erkenntnis der nationalsozialistischen Gefahr auch in der deutschen Parteiführung stets inkonsequent: Erstens wurden Phasen, in denen wie im Frühjahr 1930 die Bedrohung klar erkannt wurde, immer wieder von Abschnitten abgelöst, in denen die NSDAP unterschätzt wurde. Zweitens änderten weder die Erkenntnis, dass die Nationalsozialisten die Kommunisten sehr viel stärker und unmittelbarer bedrohten als die SPD, noch das Bewusstsein, dass es an der Weimarer Republik doch einige Aspekte gab, die sie von einer „faschistischen Diktatur“ positiv unterschied und für die eine Arbeiterpartei eigentlich hätte eintreten müssen, nicht die grundsätzliche Frontstellung gegen die Sozialdemokraten. Hier wirkte sich das spezifische deutsche Verhältnis zwischen den beiden Flügeln der Arbeiterbewegung aus. Welche prägende Kraft die Tiefe der Spaltung und das Ausmaß des Hasses zwischen den deutschen Arbeiterparteien hatten, lässt sich auch an der Entwicklung nach 1933 ablesen: Während die französischen Kommunisten, die „Sozialfaschismus“-Doktrin bereits weit zögerlicher aufnahmen als ihre deutschen Genossen, und nach der Katastrophe von 1933 erste Ideen für die spätere „Volksfront“-Strategie der Komintern entwickelten, verharteten die deutschen Exilkommunisten bis Anfang 1935 auf der alten Frontstellung.¹⁸

¹⁸ Vgl. Lewin, Neue Dokumente zur Kursänderung.

Diese Arbeit hat versucht, am Beispiel der Politik der Komintern und KPD und deren Zusammenspiel mit der bolschewistischen Führungsriege um Stalin in den Jahren 1928 bis 1933 die Handlungsspielräume, politischen Motive und die unterschiedlichen Prägungen kommunistischer Funktionäre zu analysieren. Auf diese Weise wurde erstmals eine Alltagsgeschichte der Politik der Komintern geschrieben, die neben den bislang verborgenen Prozessen des policy-making auch die kommunistischen Funktionäre als Menschen in den Blick nimmt und ihren gegenseitigen Einschätzungen und Vorstellungswelten nachgeht.

Natürlich gibt es eine ganze Reihe von Aspekten, die noch offen bleiben müssen bzw. genauer analysiert werden sollten. Dazu gehört z. B. die Frage, wie die Treffen zwischen Stalin und der deutschen Parteiführung in den Jahren bis 1932 konkret abliefen. Immerhin erlauben die schon jetzt zugänglichen Quellen, Rückschlüsse auf die geradezu sakrale Aura zu ziehen, die den sowjetischen Diktator umgab, wenn er die deutschen Parteiführer im Kreml empfing. Obwohl schließlich auch diese Arbeit in weiten Teilen um Stalin und seinen persönlichen und indirekten Einfluss auf die KPD kreiste, ist es bemerkenswert, dass sich bislang vergleichsweise wenige Dokumente finden ließen, die seine Tätigkeit in der Komintern beleuchten.

Dass die Forschung hier noch kaum fündig wurde, ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass der Diktator zunehmend „auf Abruf“ reagierte. Es ist auch der bereits erwähnten Tatsache geschuldet, dass der Archivzugang eingeschränkt ist. Das gleiche Problem stellt sich auch einer umfassenden Evaluation von Stalins außenpolitischen Zielen in den Jahren des „Großen Umbruchs“ in den Weg. Um diese abschließend zu bewerten, fehlt es noch vielfach an Quellen.

In dieser Studie standen Stalins Motive allerdings auch nicht im Zentrum. Sie sind wichtig, um die Entscheidungen der Komintern verstehen zu können, doch entscheidender war im Rahmen dieser Untersuchung die in der Einleitung erwähnte „Gretchenfrage der Fremdbestimmung des deutschen Kommunismus“. Hier hat sich erwiesen: Die Spitzenfunktionäre der KPD waren zwar keine „Marionetten Moskaus“, doch hatten sie sich durch vielfältige Bindungen an die Komintern und vor allem an Stalin persönlich freiwillig in eine starke Abhängigkeit manövriert.

Es wäre lohnend, nun auch die personellen Bande zwischen den Berufsfunktionären innerhalb der KPD zu untersuchen und zu analysieren, inwieweit diese die Politik innerhalb der KPD bestimmt haben. Dass es solche Bindungen in der KPD gab, zeigt nicht zuletzt die berühmte Wittorf-Affäre, doch wurde über diesen Einzelskandal hinaus bislang nicht untersucht, wie verbreitet derartige Klientelstrukturen in der KPD waren. Neben einem solchen innerdeutschen Vergleich wäre auch ein eingehender internationaler Vergleich mit der nächstkleineren kommunistischen Partei in Westeuropa, der KPF, wünschenswert. Dies könnte tiefere Aufschlüsse darüber vermitteln, wie „effektiv“ die weitgehend freiwillige Unterordnung der deutschen Parteifunktionäre einerseits und die ständige Gängelung der französischen Spitzengenossen durch einen allgegenwärtigen Instrukteur der Komintern in der Parteileitung andererseits war, um die jeweiligen Parteien auf Kurs zu halten. Bislang scheint es jedenfalls so, als sei – trotz aller Spannungen, die gerade 1932 verstärkt auftraten – die Anleitung der deutschen Kommunisten, die

vor allem auf der affektiven Bindung der KPD-Spitze an Stalin basierte, wirkungsvoller und langfristiger gewesen als die Versuche, die KPD durch repressive Maßnahmen zu disziplinieren. Wenn sich Pjatnickij in dem vorangestellten Zitat vom März 1933 über die Unbotmäßigkeit der KPD ereiferte, so bringt dies die Spannung zwischen der teilweise offenen Resistenz der deutschen Kommunisten gegen manche der Direktiven der Komintern und der Selbstverpflichtung der KPD auf die Moskauer „Generallinie“ auf den Punkt: Natürlich beehrten die deutschen Funktionäre immer wieder auf, doch letztlich erwiesen sie sich bis zum bitteren Ende als loyale Gefolgsleute des sowjetischen Diktators.